

halten, daß die eigens dafür während der sechziger Jahre in den USA entwickelte Strategie des „inneren Wandels“ und des „politischen Pluralismus“ bisher immer gescheitert ist.

Drittens hat das politische System des Sozialismus ein prinzipiell anderes Verhältnis zu den in der Gesellschaft wirkenden Triebkräften und Gesetzmäßigkeiten, als es für das politische System der kapitalistischen Gesellschaft typisch ist. Überdies wirken völlig neue Triebkräfte und Gesetzmäßigkeiten. Die neue Qualität besteht insbesondere darin, daß nunmehr die „Gesetze ihres eigenen gesellschaftlichen Tuns, die ihnen bisher als fremde, sie beherrschende Naturgesetze gegenüberstanden, ... von den Menschen mit voller Sachkenntnis angewandt und damit beherrscht“¹⁷ werden können.

Im Kapitalismus prallen die Triebkräfte des gesellschaftlichen Fortschritts und seine Träger, die werktätigen Massen, einerseits und die reaktionären, konservativen Träger der kapitalistischen Ordnung mit ihrem Ewigkeitsanspruch andererseits aufeinander, wobei ein bedeutender Teil des politischen Systems (der politische Herrschaftsmechanismus der Monopole) damit befaßt ist, unter allen Umständen und mit allen Mitteln den gesellschaftlichen Fortschritt aufzuhalten und sich dem Wirken seiner Gesetzmäßigkeiten entgegenzustellen.

Das politische System des Sozialismus hingegen ist in seiner Gesamtheit die politische Organisationsform der den gesellschaftlichen Fortschritt tragenden Kräfte und damit zugleich deren organisierendes Instrument. Das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln, die sozialistischen Produktionsverhältnisse und die auf ihrer Grundlage wirkenden ökonomischen und sozialen Gesetze verlangen, die jeweils konkreten Erfordernisse dieser Gesetze zunehmend bewußter und organisierter mittels des politischen Systems zu verwirklichen. „Planmäßigkeit und Bewußtheit gehören zu den notwendigen Bedingungen für das Wirken dieser Gesetze.“¹⁸ * Um den aus den ökonomischen Gesetzen resultierenden Anforderungen und Möglichkeiten Rechnung zu tragen, muß das politische System ein koordiniertes Wirken aller gesellschaftlichen Kräfte herbeiführen. Im Gesetzgebungsprozeß sind daraus die staatlich-rechtlichen Konsequenzen zu ziehen, verbindliche und durchsetzbare Maßnahmen und Verhaltensanforderungen festzulegen.

Die marxistisch-leninistische Theorie der Gesellschaftsformation und damit das Prinzip der materiellen Determiniertheit politischer Systeme, deren Verankerung in den jeweiligen Produktionsverhältnissen und den sich daraus ergebenden Klassenverhältnissen, sind theoretisch-methodologische Grundlage und Ausgangspunkt der Erforschung auch des politischen Systems, des Staates und der Demokratie in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Wenn vor der staatswissenschaftlichen Forschung der DDR wie anderer sozialistischer Länder die Aufgabe steht, die Lehre vom Staatstyp der sozialistischen Gesellschaft

17 K. Marx/F. Engels, Werke, Bd.20, Berlin 1983, S.264.

18 G. Stiehler, „Über den subjektiven Faktor in der gesellschaftlichen Entwicklung“, Einheit, 1984/12, S. 1134.